

ROTE POST



Nr. 74

März 2024

INTERNATIONAL

6 ZWEI JAHRE RUSSISCHER
ANGRIFFSKRIEG

BRD

8 DEUTSCHLAND WEITER IM
KRISENMODUS

FRAUEN

10 KRITIK DES RFK HAMBURG
ZUM „#TRADWIFES“-ARTIKEL

BERLIN

12 GROSSDEMONSTRATIONEN
GEGEN DIE AFD

HAMBURG

14 „ZUR SICHERSTEN STADT
DEUTSCHLANDS MACHEN“ –
DOCH FÜR WEN?

BREMEN

16 8 SCHANDEN DER JUNGEN
LANDESREGIERUNG

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 EIN JAHR NACH DER
RÄUMUNG VON LÜTZERATH

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 BARGELD-ABSCHAFFUNG
FÜR GEFLÜCHTETE

KULTUR

22 GEDICHT:
„RÜCKFLUG“

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**KÄMPFE FÜR PALÄSTINA IN VINCENZA, ITALIEN
ZWEI JAHRE RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG
GEGEN DIE UKRAINE**

**DEUTSCHLAND WEITER IM KRISENMODUS
KRITIK DES ROTEN FRAUENKOMITEES
HAMBURG ZUM ARTIKEL
ÜBER „#TRADWIFES“**

**„ALLE ZUSAMMEN GEGEN DEN
FASCHISMUS“? – GROSS-
DEMONSTRATIONEN GEGEN DIE AFD**

**„HAMBURG ZUR SICHERSTEN STADT
DEUTSCHLANDS MACHEN“ –
DOCH FÜR WEN?**

8 SCHANDEN DER JUNGEN LANDESREGIERUNG

**EIN JAHR NACH DER RÄUMUNG VON
LÜTZERATH: DIE VERSCHMELZUNG VON
MONDPOLEN UND BÜRGERLICHEM STAAT**

**ABSCHAFFUNG VON BARGELDLEISTUNGEN
FÜR GEFLÜCHTETE**

GEDICHT: „RÜCKFLUG“

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

der heldenhafte Kampf des Volkes Palästinas gegen den israelischen Völkermord bewegt immer weiter die Herzen der Völker der Welt und dominiert das internationale Panorama. Überall gehen die Menschen in Massen auf die Straßen, zeigen ihre Solidarität mit der Nationalen Widerstandsfront Palästinas und trotzen den Repressionen ihrer Regierungen. Mit den zwei Offensiven, die eine geführt von den USA, die andere geführt von der EU, sprich Deutschland, gegen den Jemen, dem einzigen Staat, der sich aktiv auf die Seite Palästinas stellt, eskaliert der Konflikt an diesem Brennpunkt weiter.

Der israelische Terror hat mittlerweile über 30.000 Todesopfer gefordert. Unzählige sind verletzt, verstümmelt, verschüttet, verschleppt. Die Menschen sterben auch aufgrund der Abriegelung, sie verhungern, verdursten, auch weil Israel das Grundwasser Gazas mit Salzwasser verunreinigt. Das Mehl-Massaker war eine bewusst gestellte Falle Israels – Tausende strömten zu einem Hilfskonvoi und wurden dort von der israelischen Armee beschossen und gerieten in Panik, mehr als Hundert starben. Und angesichts all dessens empört sich die deutsche Öffentlichkeit ernsthaft darüber, dass auf der Berlinale zum Frieden aufgerufen wird, Israel Apartheid vorgeworfen wird und jemand ein Pali-Tuch trägt. Selbst dass der deutsche Imperialismus sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen seiner Mittäterschaft am Völkermord verantworten muss, scheint keinerlei Erschütterung in der Staatsräson zu bewirken.

Der US-Imperialismus ist als einzige hegemoniale Supermacht von der Krise des Imperialismus am meisten betroffen, was sich auch an dem Zirkus der sogenannten Vorwahlen zeigt. Es gibt keine Wahl, außer der zwischen einem dementen Greis und einem Lumpen, beide unfähig und kriminell. In dieser Situation ist es wichtig zu sehen, wie der russische Imperialismus durch seine Maßnahmen gegen die Einkreisung, die von den USA betrieben wird, einige Fortschritte macht und seine eigene Situation stabilisiert.

Der deutsche Imperialismus kommt aus seiner jahrelangen Krise nicht heraus, immer neue Hiobsbotschaften zeichnen ein ums andere Mal ein düsteres Zukunftsbild. Die Pläne zur Entwicklung des Staatskapitalismus mittels der verfassungswidrigen Schuldenaufnahme, unter anderem für den sogenannten „Klimafonds“, sind vorläufig gescheitert. Die Widersprüche verschärfen sich immer mehr und die Maßnahmen, sowohl die Mobilisierung auf den Pro-Regierungs-Demonstrationen als auch die perfiden Spaltungsversuche gegen die Arbeiterklasse, womit wir uns in dieser Ausgabe der Roten Post genauer beschäftigen, müssen entschieden zurück gewiesen werden.

Die Kampfbereitschaft innerhalb der Arbeiterklasse und auch der Kleinbourgeoisie wächst weiter. Bei der Bahn, in der Luftfahrt und im Öffentlichen Personen Nahverkehr wird in großem Umfang gestreikt. Das ist etwas, dass sich die Arbeiter auch gegen die Gewerkschaften – gleich ob ver.di oder GDL – erkämpft haben. Die Bauernproteste in Deutschland und Europa, als ein weiterer Ausdruck der Krise des Imperialismus, nehmen immer größere Züge an und sprengen nationalstaatliche Grenzen. Die Antwort der Herrschenden auf all das ist immer mehr Reaktarisierung, ein Zurückdrängen der bürgerlichen Freiheiten und Rechte, allesamt vor allem von der Arbeiterklasse erkämpft, und eine Ausweitung der Befugnisse der Exekutive zu Ungunsten der gesetzgebenden Gewalt und der Justiz. Außerdem ist die Spaltung der Arbeiterklasse ein wesentlicher Aspekt der herrschenden Politik, denn auch diese wissen um die Wahrheit der Lehre von Karl Marx: **Eine vereinte Arbeiterklasse wird unbesiegbar sein!**

Schließlich freuen wir uns sehr, dass wir in dieser Ausgabe eine wichtige, umfangreiche und präzise Kritik des Roten Frauenkomitees Hamburg veröffentlichen können, die die Genossinnen nach dem Artikel über Trad-Wifes in der letzten Ausgabe der Roten Post gemacht haben. Als Redaktion der Roten Post nehmen wir diese Kritik an – es ist schlecht, dass in der Roten Post eine kleinbürgerliche Linie in der Frauenfrage verbreitet wurde, das darf und wird in Zukunft nicht mehr passieren.



In den bürgerlichen Medien hört man, wenn es um Italien geht, in der Regel ein paar Geschichten über die Mussolini-Verehrerin Meloni und wie groß ihre Unterstützung in der Bevölkerung angeblich sei. Tatsächlich stehen aber große Teile des Volkes auf einer ganz anderen Seite und führen Kämpfe, über die hier nicht berichtet wird – wie die großartigen Kämpfe bei einer Demonstration in Solidarität mit dem Volk Palästinas in der norditalienischen Stadt Vicenza, die von den faschistischen Polizeihorden mit aller Brutalität – Wasserwerfern, Tränengas und massivem Schlagstockeinsatz – attackiert wurde. Die Demonstranten verteidigten sich mit selbst gebastelten Schildern, Stöcken und schlugen unter anderem mit Pyrotechnik zurück und gaben damit auch eine viel bessere Antwort als die Parolen, die auf ihren Transparenten und Schildern standen.



Nachrichten zu den
Kämpfen in Italien
findet ihr natürlich
auf „Dem Volke
Dienen“ oder u.a.
auch hier:



ZWEI JAHRE RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Am 24. Februar dieses Jahres jährte sich der umfassende Angriffskrieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine zum zweiten Mal. Dieser ungerechte Krieg hat Hunderttausende von Toten und Verwundeten und Millionen von Vertriebenen hervorgebracht. Er hat dem gesamten ukrainischen Volk Elend und Schmerz zugefügt.

Nur durch die heldenhafte Verteidigung ihres Heimatlandes durch das ukrainische Volk konnte der russische Aggressor trotz des nationalen Verräterregimes unter Führung des Yankee-Lakaien Selenskyj seine maximalen Kriegsziele bisher nicht erreichen.

Es ist gerechtfertigt und richtig zu bekräftigen, was der Internationale Kommunistische Bund vor einem Jahr festgestellt hat, denn das ist die richtige Ausgangsbasis auch für die aktuelle Einschätzung der jüngsten Entwicklungen und Aussichten:

Dass der Hauptwiderspruch der zwischen der Ukraine, einem vom Imperialismus unterdrückten Land, und Russland, einem imperialistischen Land ist.

Dass, ungeachtet des Klassencharakters des ukrainischen Regimes und seines Diensts für andere imperialistische Mächte, vor allem die USA, jede Verwirrung in dieser Frage dazu führt, der Ukraine ihr Recht auf Unabhängigkeit und nationale Souveränität zu verweigern und damit zumindest indirekt die Interessen des russischen Imperialismus zu unterstützen.

Dass es der langfristige Plan der USA ist, ihren einzigen Gegenspieler, der ihnen in puncto Atomwaffen ebenbürtig ist, einzukreisen und

letztendlich zu besiegen und die entsprechenden russischen Gegenmaßnahmen der Schlüsselfaktor, der zum Krieg geführt hat, sind.

Dass das Selenskyj-Regime in Widerspruch zu den Interessen der überwältigenden Mehrheit des ukrainischen Volkes steht, es mit seinen patriotischen Gefühlen schwächt, absoluten Zentralismus anwendet und es keine demokratischen Rechte für das Volk gibt. Das Regime stützt sich auf offene faschistische

Feb 2022: Before the invasion



Mar 2022: Russia's rapid advance



Nov 2022: Ukraine regains ground



Feb 2024: Stalemate on front line



■ Russian military control
■ Held or regained by Ukraine
■ Limited Russian military control
■ Russian-backed separatist-held areas
□ Russia annexed Crimea in 2014

Frontverlauf in der Ukraine zwischen Februar 2022 und Februar 2024; rot der Bereich unter militärischer Kontrolle Russlands

Imperialismus zu

Militärformationen, um jeden Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung zu zerschlagen. Sie sabotiert den unabhängigen bewaffneten Widerstand des Volkes, indem sie sich auf die Waffen verlässt, die von der von den USA geführten NATO eifrig zur Verfügung gestellt werden, aus Angst vor dem bewaffneten Volk.

Insbesondere letzteres ist eine relativ bedeutsame Tatsache. Denn heute ist offensichtlich, dass der Hauptgrund, warum das Selenskyj-Regime die russische imperialistische Aggression – trotz aller heldenhaften Opfer des ukrainischen Volkes – nicht besiegen kann, darin besteht, dass sich diese Landesverkäufer auf die Waffen des Imperialismus verlassen und nicht auf das Volk.

Dies kommt auf tragische Weise unter anderem im Fall von Awdijiwka zum Ausdruck. Dort stationierte Soldaten unternahm verzweifelte Versuche, den Ruinen der Stadt zu entkommen. Ein Kommandant verkündete über Funk, dass die Verwundeten nicht evakuiert würden. Die eigenen Männer, die dort teils seit Jahren an der Front gekämpft haben, wurden feige zurückgelassen, um von den russischen Invasoren abgeschlachtet zu werden. „Die Fähigkeit, unser Volk zu retten, ist die wichtigste Aufgabe für uns“, sagte Selenskyj nach diesen Vorgängen auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Welch ein widerlicher Zynismus!

Die New York Times analysierte den Fall Awdijiwkas in einer anderen Hinsicht: *„Russlands Eroberung von Awdijiwka ist ein strategischer und symbolischer Schlag für das ukrainische Militär. Awdijiwka war eine Hochburg der ukrainischen Verteidigung in der Region Donezk, die mehrere wichtige ukrainische Militärpositionen weiter westlich schützte und die nahe gelegene, von Russland kontrollierte Stadt Donezk einer ständigen Bedrohung aussetzte.“*

Die gegenwärtige Tendenz, die sich abzeichnet, ist, dass der russische Imperialismus auf dem Weg ist, seine minimalen Kriegsziele langsam zu erreichen und die aktiven Kriegshandlungen in einem Korea-Szenario, d.h. eine Teilung des Landes und ein Waffenstillstand ohne Frieden, vorläufig enden. Diese Analyse basiert nicht nur auf den aktuellen Frontverläufen oder den möglichen Lieferungen von Taurus Marschflugkörpern. Denn auch im Inneren macht der russische Imperialismus Fortschritte. Der neue Chef der Wagner-Söldner, Anton Yelizarov, erklärte kürzlich zur Umstrukturierung der Organisation,

„Russlands Eroberung von Awdijiwka ist ein strategischer und symbolischer Schlag für das ukrainische Militär. Awdijiwka war eine Hochburg der ukrainischen Verteidigung in der Region Donezk, die mehrere wichtige ukrainische Militärpositionen weiter westlich schützte und die nahe gelegene, von Russland kontrollierte Stadt Donezk einer ständigen Bedrohung aussetzte.“

- New York Times

dass die neuen Einheiten, die ausgebildet werden, Teil des Freiwilligenkorps der russischen Nationalgarde (Rosgwardija) werden. Diese Entwicklung begräbt endgültig alle Spekulationen und westlichen Träume von einem Militärputsch der Wagner-Söldner gegen Putin. Auch der Tod von Nawalny dient dem Regime in diesem Sinne, ebenso wie das Gerichtsurteil, dass Boris Nadezhdin die Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen verbot.

Wirtschaftlich tritt Russland in sein drittes Kriegsjahr in der Ukraine mit einer beispiellosen Menge an finanziellen Mitteln in der Staatskasse ein. Dies resultiert auch aus einem Rekordverkauf von Rohöl in Höhe von 37 Milliarden US-Dollar an Indien im Jahr 2023. Indien erhöhte seine Käufe von russischem Rohöl um mehr als das 13-fache der Vorkriegsmengen, ein Handel, der keinen Sanktionen unterliegt und entsprechend völlig legal ist. Russlands Einnahmen stiegen im Jahr 2023 auf einen Rekordwert von 320 Milliarden US-Dollar und werden voraussichtlich noch weiter steigen.

Auch in der internationalen Politik ist der russische Imperialismus immer noch eine Macht, mit der man rechnen muss. Unter diesen Eindrücken ist es notwendig, die vor uns liegenden Aufgaben zu bekräftigen, die der **Internationale Kommunistische Bund** im Februar letzten Jahres festgelegt hat:

„Wir müssen alles tun, um die Freundschaft zwischen dem ukrainischen und dem russischen Volk zu fördern. Zwei Völker, die einst in der großen Sowjetunion unter dem roten Banner mit Hammer und Sichel Lenins und Stalins vereint waren, werden nun auf dem Schlachtfeld durch die Intrigen der Imperialisten gegeneinander getrieben. Die Kommunisten in Formierung, die Revolutionäre und alle konsequenten Antiimperialisten haben eine besondere Verantwortung, die Propaganda gegen den imperialistischen Krieg Russlands zu verstärken, ihren Kampf gegen den imperialistischen Staat und seinen Angriffskrieg mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf neue Höhen zu heben und auch gegen imperialistische Kriegstreiberi und Waffenlieferungen in den jeweiligen imperialistischen Länder zu kämpfen.“ •

DEUTSCHLAND WEITER IM KRISENMODUS

Der deutsche Imperialismus befindet sich weiterhin in einer relativ schweren Krise. Politisch und ökonomisch tun sich immer neue Abgründe auf, denen die gegenwärtige Regierung irgendwie Herr zu werden versucht. Politisch sehen wir gerade eine ungeheuer große Massenmobilisierung durch die Regierung, vor allem der SPD. Hunderttausende, wenn nicht Millionen, gehen „gegen Faschismus“, „für die Demokratie“ oder „gegen die AfD“ auf die Straße. In der Tat sind diese Demonstrationen allerdings lediglich der Versuch Druck auf die CDU aufzubauen, damit diese auf lokaler und Landesebene keine Koalitionen mit der AfD eingeht, sondern mit der SPD und den Grünen. Diese Umstände werden in vielen Artikeln dieser Ausgabe der Roten Post behandelt.

In Bezug auf die Ökonomie mag es zuletzt an der ein oder anderen Stelle eine Verbesserung der schlechten oder sehr schlechten Lage gegeben haben, so konnte unter anderem die Inflationsrate zumindest für den Moment deutlich gesenkt werden. Natürlich geschieht dies auf Kosten vor allem der Arbeiterklasse.

Andererseits hat der Kreditversicherers Allianz Trade in einer seiner Analysen für 2024 festgestellt, dass viele Unternehmen im Jahr 2024 mit einem weltweiten Anstieg von Insolvenzen konfrontiert werden werden. Dies wäre das dritte Jahr in Folge ein Anstieg der Insolvenzen. Mit leichter Verzögerung werde diese Entwicklung auch Deutschland treffen, prognostiziert die in Hamburg ansässigen Allianz-Tochter. Ursache dafür sind nach Ansicht der Allianz die anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung, gestiegene Kreditzinsen und die zahlreichen strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft. Diese Probleme würden voraussichtlich noch mehr „deutsche Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten bringen“, so die Allianz.

Konkret bedeutet das, dass die Anzahl von Insolvenzen bei deutschen Unternehmen im laufenden Jahr um etwa 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. „Dieser Anstieg hat bereits insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2023 begonnen“, analysiert die Allianz Trade. In dieser zweiten Jahreshälfte habe sich die Zahl der Insolvenzen mit einem 25-prozentigen Plus im Vergleich zur zweiten Hälfte des Jahres 2022

sichtbar beschleunigt. Eine Vielzahl von Insolvenzen sind ganz offensichtlich ein größeres Problem, unter anderem weil viele Beschäftigte ihre Jobs verlieren. Andere Firmen bleiben auf unbezahlten Rechnungen sitzen und Banken können gewährte Kredite nicht vollständig eintreiben oder verlieren sie komplett.

Diese Entwicklung wird bereits heute in der Frage der Arbeitslosigkeit deutlich. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat sich im vergangenen Februar leicht auf knapp unter drei Millionen Menschen erhöht. Sie liegt damit lag deutlich höher als im Februar 2023. Die Arbeitslosenquote liegt bei 6,1 Prozent. Hinzu kommt, dass diese offiziellen Zahlen allerdings nicht die tatsächliche Größe der Arbeitslosigkeit wiedergeben. Rechnet man Arbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen oder arbeitsunfähig Erkrankte mit ein dann waren im Februar sogar weit über dreieinhalb Millionen Menschen in Deutschland ohne Job gewesen. Dazu kommen dann noch Dinge wie die staatlich subventionierte Kurzarbeit und ähnliches. Dieses Problem ist auch bei den Regierenden angekommen: „Das schwache konjunkturelle Umfeld dämpft den ... Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften gibt nach“, erklärte die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, SPD.

Das bedeutet, dass mehr Menschen verarmen werden. Allerdings werden dem Staat nicht nur die Kosten für entsprechende Sozialleistungen zu schaffen machen, sondern es fehlen auch die auf Lohnarbeit erhobenen Steuern und das passiert in einer Situation, wo die Bundesregierung mit ihrem verfassungswidrigen Plan des Vorantreibens des Staatskapitalismus, Stichwort Schuldenbremse und Klimafonds, gescheitert ist und dem Staat darum bereits jetzt große finanzielle Mittel fehlen.

Gleichzeitig ist die Zahl der Baugenehmigungen im vergangenen massiv eingebrochen. Rund 26,6 Prozent weniger sind es gewesen. Das bedeutet, dass es in 2023 so wenige Baugenehmigungen wie zuletzt im Jahr 2012 gegeben hat. Vor allem Privatpersonen stellten immer weniger Bauanträge, was erneut beweist, dass die Verarmung immer breiterer Bevölkerungsschichten voran schreitet. Die genehmigten Bauanträgen von Privatpersonen (81.300) sank um 42,2 Prozent. Auf Unternehmen entfielen 117.700

Genehmigungen, ein Minus von 20,3 Prozent. Die Zahl der staatlichen Bauanträge sank ebenfalls, um etwa 12 Prozent. Insbesondere für Einfamilienhäuser (minus 39,1 Prozent) und Zweifamilienhäuser (minus 48,3 Prozent) sind die Zahlen stark rückläufig. Trotz starker Nachfrage nach Wohnraum ist die Zahl der Baugenehmigungen auf nur noch 260.100 Wohnungen gesunken. Dieser Einbruch um mehr als ein Viertel brachte die Baubranche jüngst dazu vor Arbeitsplatzverlusten und einem steigenden Wohnungsmangel zu warnen und gleichzeitig mehr finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern einzufordern, denn die Zahl der Baugenehmigungen sei ein wichtiger Frühindikator für die zukünftige Bauaktivität.

Werden immer mehr Menschen arm und entsprechend unzufrieden, dann greift „Teile und Herrsche“. Entgegen der auf den „Anti-AfD-Demos“ verkündeten antirassistischen Philanthropie ist ein Blick auf die Realitäten in diesem Land ernüchternd. Dieser Thematik haben sich unsere Korrespondenten aus Berlin in dieser Ausgabe ausführlicher gewidmet.

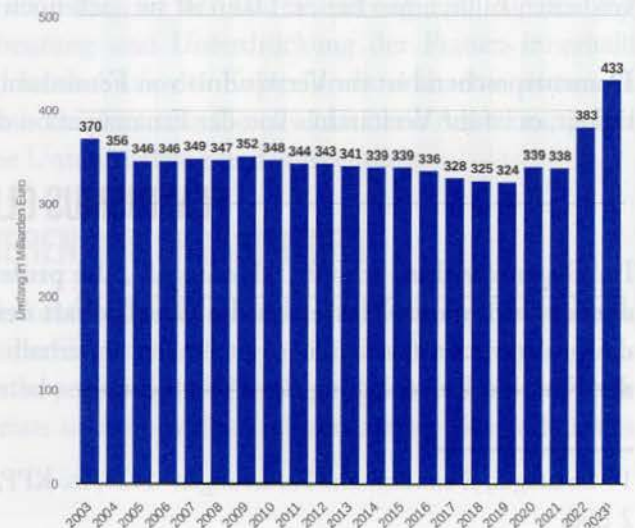
Die Spaltung der Arbeiterklasse in einheimische und ausländische Arbeiter zeigt sich unter anderem auch in der Zusammensetzung des Arbeitsmarkts. So arbeiten Eingewanderte und deren Kinder in Deutschland vor allem in Berufsfeldern, die entweder besonders hart oder schmutzig sind. Vor allem in Reinigungsberufen und in der Gastronomie sind sie stark vertreten. In der Reinigung arbeiten rund 60 Prozent und in der Gastronomie rund 46 Prozent Arbeiter mit Einwanderungsgeschichte. In Verkehrs- und Logistikberufen, d.h. vor allem Transport- und Lagerarbeiter sind es 38 Prozent und auf dem Bau 36 Prozent. In der Altenpflege haben knapp ein Drittel der Arbeiter eine Einwanderungsgeschichte. In Berufen der Körperpflege, z.B. Friseure und Kosmetiker, waren es 36 Prozent. Durchaus beeindruckend ist, dass bei Polizei oder in der Justiz nur rund 6 Prozent der Angestellten einen Migrationshintergrund haben. Die Zahlen veröffentlichte das Statistische Bundesamt für das Jahr 2022. Als Person mit Einwanderungsgeschichte wird demnach bezeichnet, wer seit dem Jahr 1950 selbst nach Deutschland eingewandert ist oder wessen beide Elternteile seit dem Jahr 1950 eingewandert sind.

Dieses Bild weiterzeichnend ist ebenfalls erwähnenswert, dass es einen relativ großen Anstieg der

Schwarzarbeit in Deutschland gibt. Laut Schätzungen sollen in der Schwarzarbeit in Deutschland in diesem Jahr mehr als 480 Milliarden Euro generiert werden. Das bedeutet eine Zunahme um 8,4 Prozent. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt steigt damit auf 11,3 Prozent. Besonders diejenigen, die ökonomisch benachteiligt sind, wie wir gesehen haben besonders ausländische Arbeiter, arbeiten häufiger schwarz und sind entsprechenden nicht nur besonders schlechten Arbeitsbedingungen, sondern auch staatlichen Schikanen und Repressalien ausgesetzt.

Außerdem werden Asylbewerber in Deutschland mittlerweile zur Zwangsarbeit heran gezogen. Putzen, Schnee schippen, Gartenarbeit usw. und das für ganze 80 Cent pro Stunde, vier Stunden am Tag. Lehnen sie das ab, werden Leistungen gekürzt, bis zu 180 Euro im Monat. Gegenwärtig darf dies nur „gemeinnützige“ Arbeit sein, allerdings ist bereits eine Ausweitung auch auf die Privatwirtschaft im Gespräch. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD findet das gut. Es sei „geltendes Recht“ und „sinnvoll“. Der deutsche Arbeiter darf sich entsprechend vom Staat weiterhin als bessergestellt betrachten, weil nicht er es ist, der solchen entwürdigenden Praktiken unterworfen wird. Das sind verschiedene Maßnahmen der Regierung und ihre Folgen, die die Arbeiterklasse spalten sollen, damit der deutsche Imperialismus weiter sein ruhiges Hinterland hat, um mit den Auswirkungen der Krise umzugehen, d.h. hauptsächlich sie auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, ohne dass dagegen ein Sturm losbricht. •

Entwicklung der vermuteten Umsätze durch Schwarzarbeit seit 2003 mit Sprung in den vergangenen beiden Jahren



KRITIK DES ROTEN FRAUENKOMITEES HAMBURG ZUM ARTIKEL ÜBER „#TRADWIFES“

Liebe RoPo-Redaktion,

als regelmäßige Leserinnen der RoPo freuen wir uns, dass ihr in jeder Ausgabe zusätzlich zu den aktuellen politischen Themen auch eine Rubrik dem weiblichen Teil unserer Klasse widmet.

Doch heute betrachten wir es als notwendig, eine Kritik an eurem Artikel „WIE MIT #TRADWIFE DIE 1950ER WIEDERBELEBT WERDEN“ der RoPo-Nr. 73 zu entwickeln und euch zuzusenden.

Das Phänomen „Tradwifes“ ist ein Phänomen, welches Aufmerksamkeit verdient, aber uns interessieren hier mehr die politischen Thesen und Standpunkte, die in dem Artikel daraus entwickelt werden. Wie ihr in dem Artikel schreibt, ist das ein Lebensstil, der nur für diejenigen realisierbar ist, die es sich leisten können, auf einen Lohn komplett zu verzichten. Aber wer kann das in der imperialistischen Gesellschaft? Nur die Bourgeoisie und in Teilen auch die Kleinbourgeoisie. Für das Proletariat stellt sich diese Frage gar nicht, hier ist ein zweiter Lohn unersetzlich, um die tagtäglichen Kosten tragen zu können. Wir stellen also fest: „Tradwifes“ sind (es gibt sicherlich Ausnahmen, aber das ist hier irrelevant) Frauen der verschiedenen Teile der Bourgeoisie. Das zu Beginn.

VERWIRRUNG ODER BÜRGERLICHER FEMINISMUS?

Erinnern wir uns daran, was die Kommunistische Partei Perus bzw. ihr Gründer José Carlos Mariátegui schrieb: **„Niemand sollte davon überrascht sein, dass nicht alle Frauen in einer einzigen feministischen Bewegung zusammenkommen. Der Feminismus hat notwendigerweise verschiedene Farben, verschiedene Tendenzen. Im Feminismus können drei fundamentale Richtungen ausgemacht werden, drei substantielle Farben: bürgerlicher Feminismus, kleinbürgerlicher Feminismus und proletarischer Feminismus. Jeder dieser drei Feminismen formuliert seine Forderungen auf verschiedene Weisen.“**¹

Wie wir lesen, wird hier nicht von dem EINEN blockähnlichen Feminismus gesprochen, sondern dass innerhalb diesem verschiedene Farben und Tendenzen existieren. Dementsprechend kann natürlich eine Frau der Bourgeoisie sagen, dass es für sie feministisch ist, bewusst als Hausfrau zuhause zu bleiben und sich ihrem Mann unterzuordnen. Denn, so Mariátegui weiter: **„Die bürgerliche Frau vereint den Feminismus mit den Interessen der konservativen Klasse.“**² Und beim Beispiel der „Tradwife“ entspricht sie dem bürgerlichen Idealbild einer bürgerlichen Kleinfamilie. Wenn sie dabei noch Hunderttausende von Followern hat und damit viel Geld verdienen kann, umso besser: Dann ist sie auch noch eine erfolgreiche Unternehmerin.

Dementsprechend ist ihr Verständnis von Feminismus nicht verwirrt, sondern ein Ausdruck ihrer Klassenzugehörigkeit, es ist ihr Verständnis von der Emanzipation der Frau.

FEMINISMUS GLEICH KLASSENKAMPF?

Im Gegensatz dazu schreibt Mariátegui: **„Die proletarische Frau vereint ihren Feminismus mit dem Glauben der revolutionären Massen an die Gesellschaft der Zukunft.“**³ Dieses Verständnis basiert darauf, dass wir als die proletarische revolutionäre Strömung innerhalb der Frauenbewegung als Ausgangspunkt der Emanzipation der Frau die Zerschlagung des Privateigentums betrachten, ohne die niemals eine wirkliche Gleichberechtigung

1 Mariátegui, „Feministische Forderungen“ 1924, In: KPP, „Marxismus, Mariátegui und die Frauenbewegung“, 1975

2 Ebd.

3 Ebd.

der Geschlechter zustande kommen kann. Nur so gelingt die wirkliche Emanzipation der Frau und deswegen schreibt Mariátegui übrigens auch, dass Feminismus als reine Idee im Wesen revolutionär ist.

Aber das schützt eben nicht davor, dass unterschiedliche Klassen daraus unterschiedliches machen und hier v.a. die Frauen der unterschiedlichen Klassen. Frauen können auch Reaktionäre, Zentristen oder eben Revolutionäre sein. Sie alle dienen der Klasse, der sie zugehörig sind und dementsprechend können die Frauen nicht alle zusammen kämpfen. Um richtig zu verstehen, warum Feminismus jedoch nicht gleich Klassenkampf ist, müssen wir das Thema doch nochmal anders beleuchten.

Wir, als proletarische Revolutionärinnen, wofür kämpfen wir? Wir kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse, um zum Kommunismus zu gelangen. Das ist unser Ziel. Weil wir wissen, dass eine klassenlose Gesellschaft nur möglich ist, wenn sich auch die Frauen befreien, kämpfen wir auch für ihre besonderen Forderungen in Form von Tagesforderungen. Das schafft die Grundlage, die Frauen der Arbeiterklasse und des Volkes zu politisieren, mobilisieren und organisieren für den Klassenkampf. Dabei tappen wir nicht in die Falle und verklären diesen Kampf, einem Kampf zwischen den Klassen, zu einem Kampf zwischen den Geschlechtern.

Proletarischer Feminismus ist, um das ein bisschen einfach auszudrücken, ein politisches Verständnis, um Frauen für die proletarische Revolution zu gewinnen, damit sie sich innerhalb dieser befreien können – als Arbeiterin und als Frau. Zu sagen, dass Feminismus allein Klassenkampf sei, ist dementsprechend falsch, denn das würde bedeuten, dass die Forderungen von Frauen mit dem Kampf einer ganzen Klasse für ihre Befreiung mit dem Endziel dem Kommunismus gleich seien. Das ist es nicht und führt am Ende zu einem kleinbürgerlich feministischen Standpunkt von Geschlechterkampf und der Illusion, dass die Befreiung der Frau im Imperialismus als der höchsten und letzten Stufe des Kapitalismus möglich sei. Besonders, wenn man die unterschiedlichen Strömungen der Frauenbewegung außer Acht lässt.

GEGEN IMPERIALISMUS UND PATRIARCHAT!

Wir sind an erster Stelle proletarische Revolutionärinnen, wir stehen bei jeder Frage auf dem Standpunkt des Proletariats und das eben auch in der Frauenfrage. Jederzeit und bei Allem auf dem Standpunkt des Proletariats zu stehen und für dessen Interessen zu kämpfen ist Klassenkampf. Somit ist auch den marxistischen Standpunkt innerhalb der Frauenbewegung zu vertreten ein Ausdruck von Klassenkampf. Aber ein reiner Feminismus ist KEIN Klassenkampf. Das wäre die Sache auf den Kopf zu stellen und zu sagen „*Weil wir proletarische Feministen sind, machen wir Klassenkampf.*“ und das ist falsch. Richtig wäre es zu sagen „*Weil wir den Klassenkampf im Interesse des Proletariats führen, vertreten wir sein Interesse auch in der Frauenbewegung.*“

Dieses Verständnis äußert sich auch in unseren Parolen „*Proletarischer Feminismus für den Kommunismus!*“ und „*Welle auf Welle – Schlag auf Schlag – Gegen Imperialismus und Patriarchat!*“. Nur für die spezifischen Forderungen von Frauen, und wenn es auch die proletarischen sind, wird nichts an der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und auch nicht an der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen innerhalb ihrer ändern. Indem wir den Imperialismus als höchste und letzte Stufe des Kapitalismus und seine materielle Grundlage, das Privateigentum, zerschlagen, legen wir die Basis für eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Klassen und ohne geschlechtsspezifische Unterdrückung und Ausbeutung.

FRAUEN POLITISIEREN, MOBILISIEREN UND ORGANISIEREN

Klassenkampf ist es, die proletarischen Frauen und die des Volkes für die proletarische Revolution zu politisieren, mobilisieren und zu organisieren und das können wir z.B. über Tagesforderungen wie „*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*“. Oder indem wir RoPo-Artikel für sie schreiben, um ihr politisches Niveau zu erhöhen und sie so für die Sache des Proletariats mobilisieren. Die Frauen des Proletariats und des Volkes müssen aktiver Bestandteil des Klassenkampfes für den Kommunismus werden.

Revolutionäre Grüße,
Rotes Frauenkomitee Hamburg

„ALLE ZUSAMMEN GEGEN DEN FASCHISMUS“? – GROSSDEMONSTRATIONEN GEGEN DIE AfD



Großdemo am 3. Februar vor dem Reichstag

Dass es häufiger mal vorkommt, dass die Stadt für einen Tag außer Gefecht ist, ist nichts außergewöhnliches. Doch in den vergangenen Wochen häuften sich diese Tage mehr als gewöhnlich. Neben den Bauernprotesten, die die Stadt zum Stillstand brachten, waren die Großdemonstrationen „gegen Rechtsextremismus“ und die AfD ein weiteres großes Ding. Bei der Großdemonstration am 3. Februar nahmen unter dem Motto „Wir sind die Brandmauer: Bündnis gegen rechts“ laut Veranstalter 300.000, laut bürgerlicher Presse mehr als 200.000 Personen am Protest teil. Auslöser der Proteste war ein Bericht des Medienhauses Correctiv über ein Treffen diverser Nationalkonservativer und Faschisten am 25. November in Potsdam, an dem auch AfD-Politiker, einzelne Mitglieder der CDU und der sogenannten WerteUnion teilgenommen hatten.

Zur Kundgebung aufgerufen hatte das Bündnis „Hand in Hand – Jetzt solidarisch aktiv werden!“. Der Protest richtet sich laut Veranstalter gegen Rechtsextremismus, aufgerufen wurde „zur Verteidigung einer offenen und demokratischen Gesellschaft“. Politische Parteien zählten zwar nicht zu den direkten Organisatoren, allerdings nahmen viele Politikerinnen und Politiker an der Kundgebung in Berlin teil, so beispielsweise

SPD-Chefin Saskia Esken und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Besonders betont wurde hier, dass die Protestierenden und die Initiativen aus der Zivilbevölkerung kommen, und das Bild vermittelt, dass die Herrschenden hierbei keine „bedeutende Rolle“ einnehmen, sondern es sich hier um „regierungsunabhängige Massenproteste“ handeln soll. Worüber die teilnehmenden Politiker etwas meckerten war, dass auch die aktuelle Regierung kritisiert wurde. So lehnte beispielsweise Saskia Esken die Kritik, dass die Regierung nicht genug gegen den „Rechtsruck“ getan hätte, mit den Worten ab, dass die Ampelregierung mit anderen, wichtigeren Dingen „beschäftigt“ war, wie der „Energiekrise“. Auch wenn die bürgerlichen Politiker sich im Wesentlichen nur als Gäste präsentierten, um dem Spuk einen möglichst „unabhängigen“ Eindruck zu geben, ließen sich einige sozialdemokratische Landeschefs, wie Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) als Redner blicken. Die SPD-Partei zeitschrift „vorwärts“ teilte Anreisetipps und organisatorische Hinweise für die Großdemo in Berlin. Die SPD legte sogar unter ein von ihnen in den sozialen Medien veröffentlichtes Video der Großdemo, wo

die Menschen im Dunkeln ein Lichtermeer aus Handy-Taschenlampen erzeugen, eine Tonaufnahme von Menschen, die im Chor „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen den Faschismus hier im Land...“ singen, als ob das nun die Hunderttausenden vor dem Reichstagsgebäude gesungen hätten, mit der Aufschrift „Heute in Berlin“. Für die Webpräsenz des Bündnisses „Hand in Hand“ verantwortlich ist nebenbei der „Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein“, der insbesondere von SPD-Mitgliedern gegründet wurde. Dass die Proteste also völlig unter Kontrolle der Regierung stehen und auf ihre Initiative geschehen, ist durchaus offensichtlich.

Die Auswirkungen der Großdemonstrationen auf die Umfragewerte der AfD, vor allem in Ostdeutschland, zeigen jedoch, dass die AfD seit den Protesten nicht sonderlich viele Stimmen einbüßen musste. Die AfD liegt Anfang März im bundesweiten Trend bei durchschnittlich 18,4 Prozent in den Umfragen. Sieht man sich die möglichen Regierungskoalitionen für den Bundestag, aber auch die Koalitionsmöglichkeiten für die anstehenden Wahlen in Ostdeutschland, an, stellt man fest, dass die Auswahl, vor allem für die CDU, nicht sehr groß ist. In allen ostdeutschen Bundesländern ist der einzige mögliche Koalitionspartner, um eine Mehrheitsregierung zu bilden, die AfD. Kommt es zur bundesweiten Ebene, dann liegt hier die Wahl für die CDU zwischen der SPD, den Grünen und der AfD. Dass die CDU mit der Linken auf dieser Ebene zusammenarbeitet ist durch einen Parteibeschluss momentan ausgeschlossen und es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser auf das Bündnis-Sarah-Wagenknecht, BSW, ausgeweitet wird. So ist es also nicht verwunderlich, dass die aktuelle Regierung die Großdemonstrationen so stark unterstützt. Bezieht man die wenig gesunkenen Umfragewerte der AfD mit ein, so haben die Proteste im Endeffekt weniger Einfluss auf die AfD, als auf ihren, im Moment wahrscheinlichsten Bündnispartner, die CDU. Denn die Anklage im Lichte der Proteste würde lauten: *„Sollte die CDU mit der AfD zusammenarbeiten, dann würde diese sich mit Faschisten und anderen Feinden der Demokratie zusammentun, und sich dieselben Vorwürfe einhandeln.“ Das soll die CDU in die Richtung der SPD und Grünen drängen, um sich eben diesem Vorwurf nicht schuldig zu machen.*

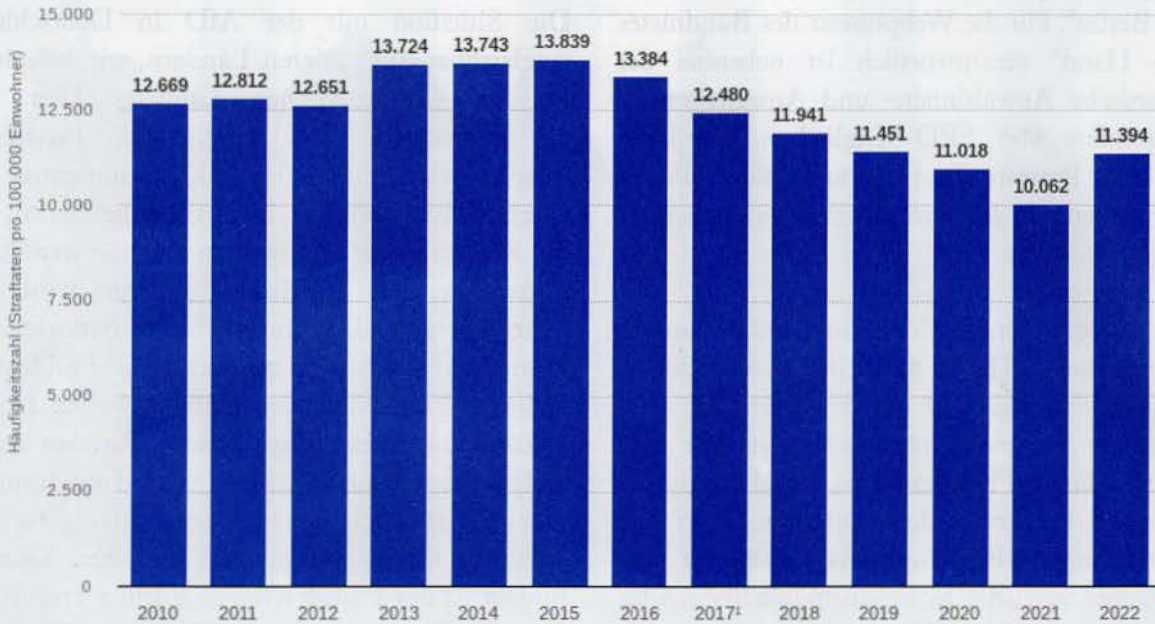
Die SPD und die Grünen, als Wahlvereine, wie alle anderen bürgerlichen Parteien, haben als ihr erstes Ziel, dass ihre Leute auch in der nächsten Amtszeit wieder auf ihren lukrativen Posten sitzen können, und

so versuchen in ihrer schwachen Situation sie alles, um die CDU dazu zu „zwingen“, die kommenden Landesregierungen (und perspektivisch natürlich auch die Bundesregierung) mit ihnen und nicht der AfD zu bilden.

Die Situation mit der AfD in Deutschland ist vergleichbar mit anderen Ländern, wie beispielsweise in den skandinavischen Ländern. Hier ist oft zu beobachten, dass faschistoide Parteien, wie beispielsweise die Schweden Demokraten, zuerst einen Durchbruch auf lokaler Ebene haben, also in die Regierung der Kommunen gewählt werden. Dafür nutzen sie, was Populismus genannt wird, sich in ihrer Rhetorik den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen zuwenden, beispielsweise Problemen mit Schulen, Krankenhäusern, und so weiter. Durch die Zustimmung dieser faschistoiden Parteien zu Haushaltplänen auf lokaler Ebene wird dann vermeintlich gezeigt, dass eben diese „regierungsfähig“ seien, weil man mit ihnen „Realpolitik“ betreiben kann – das Budget ist des Pudels Kern in solchen Fragen, weil es Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit jeder Regierung ist –, und so erweitert sich der landesweite Einfluss solcher Parteien.

Der Wahlzirkus in Deutschland ist durchgehend: Immer ist in irgendeinem Teil des Landes eine Wahl nicht weit. Und so müssen die bürgerlichen Parteien auch ständig dafür Sorgen, dass ihre Umfragewerte, und am Ende die Anzahl der Stimmen passen, sie müssen sich schließlich dadurch legitimieren. Die Interessen und aktive Beteiligung von Teilen der aktuellen Regierung, vor allem der SPD und der Grünen, in den Massenprotesten, ist lediglich eine Fortführung des Wahlzirkus der Herrschenden. Auch wenn die Umfragewerte der AfD tendenziell steigen, oder mindestens nicht stark sinken, so ist die Gruppe, die nach wie vor am größten ist, und weiter größer wird, die Gruppe der Nichtwähler, wie die Wählerwanderung der Landtagswahlen in Hessen zeigt. Und das zeigt, dass die Menschen in Deutschland zunehmend verstehen, dass – egal wen sie am Ende wählen – es nicht um ihre Interessen geht, und dass da diese oder jene Koalition kein Ausweg ist, es nicht darum geht das „kleinere Übel“ unter den bürgerlichen Parteien zu wählen. Der Wahlboykott ist der richtige Weg, der eingeschlagen werden muss, um etwas an diesem System zu ändern, und dass die bürgerliche Regierung sich nicht weiter legitimieren kann. •

„HAMBURG ZUR SICHERSTEN STADT DEUTSCHLANDS MACHEN“ – DOCH FÜR WEN?



„Grund zur Sorge?“. Entwicklung der Anzahl der gemeldeten Straftaten pro 100.000 Einwohner in Hamburg

Zwar liegen die nächsten Bürgerschaftswahlen in Hamburg noch fast ein Jahr in der Zukunft, dennoch beginnen sich die bürgerlichen Parteien langsam aber sicher auf den kommenden Wahlzirkus vorzubereiten. Ein Thema, das sich wieder einmal als sehr dominierendes für die kommenden Bürgerschaftswahlen abzeichnet, ist das Thema „Sicherheit“. Zwar ist die Kriminalitätsstatistik in der BRD seit Jahren tendenziell rückläufig, dennoch führen die bürgerlichen Parteien dieses Thema immer wieder in Wahlkampfzeiten an. Der Zweck ist natürlich vor allem die Reaktionarisierung des deutschen Staates, der nach Innen und Außen immer weiter aufrüstet, Gesetze verschärft, ganze Bevölkerungsteile zu Staatsfeinden erklärt, die „drei Säulen der Rechtsstaatlichkeit“ (Exekutive, Legislative und Judikative) zu Gunsten der Exekutive einreißt und sich mehr und mehr zum Polizeistaat entwickelt, voranzutreiben. Dazu versuchen sie die Arbeiterklasse mit der Frage der „Sicherheit“ in einheimische und ausländische Arbeiter zu spalten und betonen immer wieder, dass besonders Ausländer und Migranten, kriminell und damit ein Risiko für die Sicherheit seien. Mit dieser Spaltung schaffen sie immer weiter den Nährboden für ein großes Hindernis für die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung in der BRD heute. Schon jetzt wird deutlich, das all

diese Punkte in den kommenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg eine Rolle spielen werden.

Im Jahre 2001 gelang es der CDU einmal die SPD vom Hamburg-Thron zu stoßen und das Zepter selbst in die Hand zu nehmen, nachdem sie im Wahlzirkus vor allem auf das Thema „Sicherheit“ setzte und mit der sogenannten Schill-Partei paktierten. Daran versuchen sie nun offensichtlich anzuknüpfen und stellten Mitte Januar einen 20 Seiten umfassenden Maßnahmenkatalog unter dem Titel „Hamburg zur sichersten Großstadt in Deutschland machen!“ vor. Bei diesem Vorhaben scheuen die Christdemokraten auch nicht davor zurück, zu blanken Lügen zu greifen. Dennis Thering, Fraktionsvorsitzender der CDU in Hamburg sagte bei Vorstellung des Maßnahmenkatalogs gegenüber dem Norddeutschen Rundfunk (NDR):

„Wir sehen, dass die Kriminalität hier bei uns in Hamburg dramatisch ansteigt, die Menschen unsicherer leben in Hamburg und wir haben das Ziel als CDU ab 2025 in der Regierung Hamburg zur sichersten Großstadt Deutschlands zu machen.“

Schon in dieser Aussage des Fraktionsvorsitzenden steckt die erste Lüge. Die Kriminalitätsstatistik ist in

Hamburg seit Jahren leicht rückläufig (Siehe Bild). Nur im Jahr 2022 gab es einen Anstieg der Straftaten gegenüber den beiden Vorjahren, dennoch ist die Tendenz ganz klar rückläufig. Dazu argumentieren Thiering und seine Partei damit, dass Hamburg das Bundesland mit der dritthöchsten Kriminalitätsrate ist – eine Aussage die erst einmal korrekt ist. Hamburg ist das Bundesland mit der dritthöchsten Kriminalitätsrate, nach Bremen und Berlin. Das heißt die Stadtstaaten führen die Länderstatistik an, da in Flächenländern mit vielen ländlichen Regionen nicht so hohe Kriminalitätszahlen erreicht werden, wie in Großstädten. So liegt Hamburg im Städtevergleich nicht mal in den Top zehn. Eine Sache, die auch Dennis Thiering und der CDU bewusst sein wird, aber ein bewusst genutzter populistischer Trick um die Reaktionarisierung zu rechtfertigen.

Dennis Thiering steht nicht zum ersten Mal mit seinen extrem reaktionären Forderungen im Rampenlicht und fiel insbesondere auch durch seine chauvinistische Hetze gegen Palästinenser und Araber im allgemeinen auf. So sprach er sich in den letzten Monaten immer wieder für die Verschärfungen des Asylrechts aus, das seit Anfang Oktober immer mehr an die politische Gesinnung geknüpft werden soll. So forderte er im Oktober, nach der Offensive der nationalen Widerstandsfront Palästinas die sofortige Abschiebung von „Ausländern“, die sich pro-palästinensisch äußern würden und sagte am 8. November in einer Debatte in der Bürgerschaft über die gerechtfertigten Demonstrationen für Palästina:

„Wir müssen es auch beim Namen nennen: Das ist islamischer Antisemitismus, das ist islamischer Faschismus.“

Konkret fordert die CDU mit ihrem Maßnahmenkatalog die gezielte Aufstockung bei Polizei und Justiz, eine höhere Polizeipräsenz, mehr Waffenverbotszonen und mehr Videoüberwachung. Erstmal nichts sonderlich neues, sondern das, was eigentlich immer gefordert wird, wenn es um „Sicherheit“ geht. Was allerdings neu ist, ist die Forderung nach KI:

„Wir wollen die Kolleginnen und Kollegen von Bürokratie entlasten, durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz, denn dann ist es gar nicht notwendig so viel mehr Menschen einzustellen.“ – sagte Dennis Thiering gegenüber dem NDR. Solche auf KI basierte Programme werden aktuell bereits vom LKA in Bayern getestet – konkret eine Analysesoftware vom Über-

wachungskonzern Palantir. Aufgrund der Möglichkeit einer Massenüberwachung sind Programme wie diese juristisch höchst umstritten und es gibt bislang keine rechtliche Handhabe für diese. Dennoch wird sie nun in Bayern getestet und die Hamburger CDU fordert den Einsatz solcher höchstwahrscheinlich nach bürgerlichem Recht illegalen Software ebenfalls.

Die SPD und der Grüne Koalitionspartner zeigten sich gelassen in Bezug auf die Kritik und die Vorhaben aus den Reihen der CDU. Schließlich kann ihnen keiner vorwerfen, die Reaktionarisierung in den letzten Jahren nicht enorm vorangetrieben zu haben. So sagte der Hamburger SPD-Fraktionsvorsitzende, Dirk Kienscherf, nach der Vorstellung des Maßnahmenkatalogs der CDU:

„Wir haben seit 2016 über 860 Stellen neu geschaffen, wir haben den Etat deutlich ausgeweitet, auf jetzt erstmals über eine Milliarde Euro, also von daher ist es nichts Neues, es ist immer wieder ein neuer Versuch der CDU zu sagen, die innere Sicherheit in Hamburg ist nicht gut aufgehoben, das ist sie aber.“

Auch die jüngere Geschichte Hamburgs zeigt, was Sozialdemokraten und Grüne in Sachen Polizeistaat und Reaktionarisierung zu verantworten haben. Erinnerung sei an erster Stelle an den G20-Gipfel 2017, der unter Rot-Grüner Herrschaft, angeführt vom heutigen Mafioso-Kanzler Olaf Scholz (damals noch Hamburger Bürgermeister) durchgeführt wurde. Massive Polizeigewalt, Ausnahmezustand, Polizeistaat und eine anschließende rechtswidrigen öffentlichen Hexenjagd gegen Teilnehmer von Demonstrationen wurden damals von der SPD durchgesetzt. Der „Hamburger Noske“, Innensenator Andy Grote (SPD), ist übrigens immer noch im Amt. Drei Jahre später folgte der Corona-Ausnahmezustand, der in Hamburg unter der aktuellen Regierung von Peter Tschentscher (SPD) mit besonders harten Maßnahmen verbunden war. Und auch die sogenannte „Allianz sicherer Hauptbahnhof“, also der Zusammenschluss aus Sicherheitskräften und Bullen, durch die der Hauptbahnhof seit April 2023 besetzt ist, ist ein Projekt von SPD und Grünen. Hamburg hat nun als erstes Bundesland die Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt, die auf einer extrem chauvinistischen und rassistischen Politik beruht. Die Ampel-Regierung selbst will „im großen Stil Abschieben“. Es zeigt sich also, dass Sozialdemokraten und Grüne der CDU in nichts nachstehen und im Grunde auf nicht der AfD, auch wenn der Tonfall hier und da ein anderer sein mag. •

8 SCHANDEN DER JUNGEN LANDESREGIERUNG

Seit letzten Sommer regiert in Bremen ein neuer rot-rot-grüner Senat. Dass die 56,9 Prozent der Wahlberechtigten, die an die Urne gingen, sich mehrheitlich für das gleiche Übel, was schon die vorigen Jahre geherrscht hatte, entschieden, mag eine komische Besonderheit des seit knapp 80 Jahren von der SPD regierten Bremen sein, vielleicht ist es aber auch zu vielen bewusst, dass, wo man sein Kreuz macht, nichts an der Situation ändert. Der junge Senat hat so oder so schnell unter Beweis gestellt, dass die bürgerlichen Politiker niemals das Interesse der Arbeiterklasse vertreten. Ein Überblick.

KRANKENHAUSSCHLIEßUNG

Mit dem Klinikum Links der Weser im Arbeiterviertel Kattenturm soll das noch am besten funktionierende Bremer Krankenhaus 2028 geschlossen werden, haben der Senat mit Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) und die „Gesundheit Nord“ im Sommer entschieden. Für Einsparungen beim Träger wird das einzige Krankenhaus in öffentlicher Hand südlich der Weser dicht gemacht, für viele Patienten bedeutet das enorm weite Wege, für die Belegschaft eine unruhige Zukunft. Mit sehr professionellen Behandlungsmöglichkeiten hatte sich das Herzzentrum am „LdW“ einen Namen gemacht. Die Schließung ist weder im Interesse von Patienten, noch Arbeitern, und zeigt, dass der Senat bei seinen Alleingängen an der falschen Ecke spart.



AKTENCHAOS

Mit seinen Vorgängern hat der Senat ein Aktenchaos im „Sozialzentrum 5“ in der Vahr zu verantworten, das kein Ende finden will. Für den Staat wird der Schaden auf ca. zwei Millionen Euro geschätzt. Viel wichtiger ist allerdings, dass durch das Chaos massenhaft Papiere von Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ins Nirvana gerieten und notwendige Gelder nicht an Arbeiterfamilien und Alleinerziehende gezahlt wurden.

DOPPELMORAL

Wie auch anderswo unterliegt die Führung der Pro-Regierungs-Demonstrationen angesichts des „AfD-Geheimtreffens“ in Bremen hauptsächlich der SPD. Ihren vermeintlich „antirassistischen“ Wahlkampfveranstaltungen sollte man gegenüberhalten, wie ihre Innenbehörde hier mit anderen Protesten umgeht. Das Demonstrieren gegen den Völkermord in Palästina ist nur unter Auflagen, die ein direktes Diktat vom Verfassungsschutz bedeuten, möglich – im Oktober wurden Veranstaltungen, wie eine Demo von „Palästina Spricht“, mit an den Haaren herbeigezogenen Gründen untersagt – eine konkrete rechtliche Begründung brauchte es nicht.

BRÜCKEN

Alle Brücken über die Weser sind mittlerweile marode, die beiden wichtigsten – von der A1 und der B6 – sind so kaputt, dass sie saniert werden müssen, nur um noch ein paar Jahre zu überleben, die es braucht, neue an ihrer Stelle zu planen und zu bauen. Die anderen drei Verkehrsbrücken sind ebenfalls in schlechtem Zustand und wurden schon für LKW, z.T. auch für Autos, gesperrt. Unterdessen plant die Verkehrsbehörde weitere Fahrradbrücken für Kleinbürger an irrelevanten Stellen. Der neue Senat hat nun auch bekanntgegeben, dass der Neubau der A27-Brücke über den Nebenfluss Lesum, ebenfalls notsaniert, sich auf 2027 verschiebt. Insgesamt bahnt sich – während sich beim längst geplanten Wesertunnel nichts rührt, ein Verkehrschaos an, das droht, die Stadt tagsüber über lange Zeit völlig lahmzulegen; insbesondere der Heimweg nach



Feierabend kann einen dann so einiges an Zeit kosten. Wer dachte, nach der „Tempo-20-Senatorin“, Maike Schaefer, könnte es nicht schlimmer kommen, hat sich wohl geirrt. Mit Özlem Ünsal ist nun eine Frau in der Position der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die überhaupt keine Fachkenntnisse in diesen Bereichen nachweisen kann.

IMMOBILIENKAUF

Das Hochhaus Grohner Düne in Vegesack (wir berichteten) soll durch die GEWOBA (Bremens größtes Wohnungsunternehmen) in städtische Hände übergehen. Nach gescheiterten Verhandlungen will man sich ein Vorkaufsrecht per Gesetz sichern. Der ursprüngliche Vorschlag sah die Übernahme von den Eigentümergesellschaften anstelle des Objektkaufes vor, wodurch sich die Stadt an mehreren Millionen Steuern vorbei schleichen wollte.



SCHWARZE NULL

Genau wie die Bundesregierung bricht auch der Bremer Senat fleißig mit den eigenen Gesetzen. Dass man die gesetzlich festgehaltene Schuldenbremse Anfang des Jahres mal wieder außer Kraft setzte, führte zu Kritik in der Opposition. Aus dem neuen

Senat, der sich den „grünen Stahl“ aus Bremen auf die Fahnen geschrieben hat und dafür Fördermittel aufbringen muss, kommentierte man diese Kritik als „Verrat an den Interessen unserer heimischen Stahlindustrie“. Womit auch die persönlichen Interessen der bürgerlichen Politiker gemeint sind.



KORRUPTION

Diese haben ihre Finger im Projekt, das Stahlwerk als eins der beiden ersten in Deutschland mit „grünem Wasserstoff“ laufen zu lassen, für das Robert Habeck kürzlich 840 Millionen Euro Fördermittel zusagte. Beteiligt am Umbau sind unter anderem die Stadtwerke Bremen (swb) und die EWE – die swb hatten in der Vergangenheit Aufsichtsratsvorsitzende aus der SPD und spendeten sogar schon an deren Bundestagsfraktion. Ohnehin ist jeder Senator-Posten oft schon mit mehreren Aufsichtsratsplätzen ausgestattet. Z.B. ist die Bausenatorin zugleich Vorsitzende bei der GEWOBA und der BSAG (Verkehrsbetriebe), der Innensenator Mitglied in den Aufsichtsgremien der Bremer Toto und Lotto Gesellschaft und der Bremer Weserstadiongesellschaft (dort hat auch die Wirtschaftssenatorin bei Heimspielen ihren Logenplatz neben der Geschäftsführung sicher) und Frau Bernhard sitzt im Betriebsausschuss der Performa Nord.

ÜBERWACHUNG

Diese Performa Nord – ein landeseigener Dienstleister – zeichnete mutmaßlich heimlich die Telefonaktivität von Mitarbeitern am „Bürgertelefon“, Anwärter für Posten im Personalrat, auf, um sie dann wegen „zu wenig getätigten Anrufen“ zu kündigen; ein Bruch der Dienstvereinbarungen. Auch mit umfangreicher Videoüberwachung auf dem Volksfest Freimarkt und deren Datenspeicherung sowie an Haltestellen machte das Innenressort schon auf sich aufmerksam. •

EIN JAHR NACH DER RÄUMUNG VON LÜTZERATH: DIE VERSCHMELZUNG VON MONOPOLEN UND BÜRGERLICHEM STAAT

Vor rund einem Jahr haben wir über die Räumung des Dorfes Lützerath in NRW geschrieben. Damals ist es in und rund um Lützerath zu einem der größten Polizeieinsätze des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen gekommen. Tagelang standen sich tausende Dorfbesetzer, Anwohner und Demonstranten aus der Klimabewegung und ebenfalls tausende Polizeikräfte gegenüber. Auch wenn es in Sachen Protest sich hauptsächlich um Methoden des sogenannten „zivilen Ungehorsams“ wie Sitzblockaden gehandelt hat, flammten auch an unterschiedlichen Stellen kurze Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizei auf, welche mit Steinen, Feuerwerkskörpern und sogar Molotow-Cocktails geführt wurden. Damals haben wir geschrieben „Die Räumung Lützeraths zurückzuschlagen und auch konsequent für den Schutz unserer Umwelt zu kämpfen, ist ein Ziel, das man haben kann.“ Auch heute wissen wir sehr gut, dass dieser Kampf gerechtfertigt war. Vor allem, wenn man sich die Verschmelzung zwischen dem Energiemonopolisten RWE und dem bürgerlichen Staat in Nordrhein-Westfalen genauer anschaut.

Die Begründung mit der die Räumung Lützeraths seinerzeit legitimiert wurde fiel in den Kontext des Angriffs des russischen Imperialismus auf die Ukraine. Energiesicherheit war damals das Stichwort Nummer eins und in der Notwendigkeit des deutschen Imperialismus sich in puncto Energie unabhängiger von Russland aufzustellen, um besser die deutschen Interessen in der Welt verfolgen zu können, sollte Lützeraths Räumung ein Baustein sein. Medial wurde das Ganze dann „volksnah“ so kommuniziert, dass bei uns zuhause die Heizung ausfällt und die Lichter ausgehen, wenn Lützerath nicht geräumt wird. Doch schon damals kamen wissenschaftliche Experten aus Oxford und sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zu dem Ergebnis, dass dies schlichtweg nicht stimmt, heißt gelogen war.

Ausschlaggebend für die Räumung Lützeraths war am Ende vor allem ein Gutachten der nordrhein-westfälischen Landesregierung, welche den Kohlebedarf im Bundesland gerade so ausrechnete, dass man Lützerath

wegbuddeln müsse. Um der Lüge ein Gesicht zu geben hier die Zahlen dazu:

Die Landesregierung behauptete, dass aus dem Tagebau Garzweiler Braunkohle in einer Menge abgebaut werden muss, die 45 Terrawattstunden Kohlestrom produziert, um die Energiesicherheit sicherzustellen. In Wirklichkeit wurde im vergangenen Jahr jedoch nur 26 Terrawattstunden produziert, was auch einer deutlich geringeren Braunkohleförderung entspricht.

Lützerath wurde also nicht abgebaggert, damit wir weiter warmes Wasser, Licht, Heizung und Strom haben, sondern für die Profitinteressen des Energiemonopolisten RWE. Verloren haben die Einwohner von Lützerath und der anderen Dörfer, die von RWE vertrieben wurden.

Doch für all diese Betrügereien zaubern die Grünen nun das große Argument „Kohleausstieg 2030“ aus dem Hut. Acht Jahre früher als vorher angenommen soll damit die Kohleförderung im rheinischen Revier ein Ende finden. Dafür hat die Bundesregierung unter Angela Merkel RWE im Sommer 2020 rund 2,6 Milliarden Euro Entschädigung gezahlt. Wie diese Entschädigungssumme zustande gekommen ist, ist nicht bekannt, aber man kann hier einfach von einer offensichtlichen Finanzspritze für RWE reden. Vor allem, weil mehrere Wirtschaftsexperten ausgerechnet hatten, dass es sehr gut möglich sei, dass RWE die Kohleförderung sowieso ab dem Jahre 2030 habe einstellen wollen. Der Grund dafür ist, dass beim Energiemonopolisten der billige Vorrat an sogenannten CO₂-Zertifikaten, die Unternehmen kaufen müssen, wenn sie CO₂ emittieren, um das Jahr 2030 zu Ende gehen würde und sich somit die Kohlestromproduktion nicht mehr lohnen würde. Einige Jahre später ist RWE in Verhandlungen mit dem Grünen-Wirtschaftsminister Habeck darüber Wasserstoffstandorte im Auftrag der Bundesregierung zu bauen und zu betreiben. Jetzt steht es aber zur Debatte, dass die Braunkohleverstromung doch über 2030 hinaus weitergeht, weil sich die Inbetriebnahme der Wasserstoffwerke verzögert. Grund dafür ist,

dass die Bundesregierung RWE nicht die genauen Maßgaben zum Bau dieser mitteilt.

RWE wollte die Braunkohleverstromung ab dem Jahr 2030 aufgeben und erhält als dafür von der damaligen Bundesregierung eine Milliardensumme. Dann wird der Energiemonopolist wenige Jahre später von der nächsten Bundesregierung damit beauftragt den Aufbau und die Versorgung der Wasserstoff-Infrastruktur in die Hand zu nehmen. Die Sicherstellung der Wasserstoff-Infrastruktur hat sowohl für imperialistischen Staat als auch für den Energiemonopolisten einen maßgeblichen strategischen Wert. Die BRD stellt ihre Energieversorgung auf eine unabhängige und effizientere Grundlage und RWE behält seine Vormachtstellung als Monopol im Energiesektor. Sollte es mit dem Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur doch nicht so schnell gehen wie gedacht, dann werden von der Bundesregierung einfach kurzerhand die Klimaziele mit dem Kohleausstieg 2030 für nichtig erklärt und RWE verdient fortlaufend an der Verlängerung der staatlich abgenickten Braunkohleverstromung weiter. Die Abaggerung von Lützerath hat sich also für RWE so oder so gelohnt.

Der WDR kommt bei solchen Fakten auf die Idee, dass es sich bei der Beziehung zwischen RWE und dem bürgerlichen Staat um eine ungleiche Beziehung mit absoluten Vorteilen für RWE handelt, weil die Grünen unfähig gehandelt hätten. Dabei lässt sich an diesem Beispiel in sehr konzentrierter Weise abbilden in welchem Verhältnis der imperialistische deutsche Staat und die Monopole des deutschen Finanzkapitals zueinander stehen. Der imperialistische Staat vertritt die Interessen der Monopole und bewahrt und verteidigt die Diktatur der Bourgeoisie, im Kern die Diktatur des Finanzkapitals über alle restlichen Klassen der Gesellschaft. Der imperialistische Staat ist aber ebenfalls ideeller und oft auch reeller Gesamtkapitalist, zu dessen Aufgaben es zählt strategische Pläne zu entwickeln, um die Größe und Wettbewerbsfähigkeit der Monopole des Finanzkapitals zu stärken. Die Vorgehensweise im Falle RWE zeigt, wie das ganz entsprechend der „Nationalen Industriestrategie 2030“ geschieht.

Grundlegend ist RWE mit dem deutschen Staat vor allem in NRW auf kommunaler Ebene tief verschmolzen. Die Kommunen sind Aktionäre bei RWE und halten insgesamt 24% der Anteile (Platz 1, dahinter kommt blackrock mit unter 10%) am

Konzern, was zu einer Dividendenausschüssen in Höhen zwischen 150 bis 350 Millionen Euro führt, und die Kommunen stellen entsprechende Vertreter im Aufsichtsrat von RWE. Die Kommunen vergeben tausende Konzession an RWE, exklusive Nutzungsrechte für die Verlegung und den Betrieb von Infrastruktur, was eine finanzielle Einkommensquelle für die Kommunen bedeutet und eine Abhängigkeit von der Energie die RWE produziert. Auf der anderen Seite sind die Kommunen auch Kunden von RWE und sind auch auf eine Vielzahl von Dienstleistungen von RWE-Tochterfirmen angewiesen. Nicht zuletzt haben die Kommunen in fünf regionalen RWE-Gesellschaften eine direkte Beteiligung am Unternehmen, wohingegen RWE 120 Beteiligungen an kommunalen Unternehmen, wie beispielsweise den Stadtwerken hat.

Monopole wie RWE vertreiben alteingesessene Einwohner wegen Konzerninteressen und tragen eine große Verantwortung in der Verpestung unseres Planeten. Aber die Hauptsächliche Sache ist das solche Monopole wie RWE zusammen mit dem imperialistischen Staat und als verschmolzene staatsmonopolitische Einheit mit dem imperialistischen Staat und den Regierungspolitikern völlig unsere Leben bestimmen. Die Monopole machen zusammen mit dem bürgerlichen Staat die Politik, die Gesetze, die Entscheidungen über unsere Zukunft und unseren Alltag.

Das Beispiel Lützerath ist nur eine besonders offensichtliche Zuspitzung wie das funktioniert. Doch wir sollten dieses Beispiel als guten Grund von vielen nehmen, gegen diese Parasiten, die uns in ihrem Interesse ausbluten lassen, anzugehen. Unsere Klasse muss ihr Schicksal selbst in der Hand haben. •

*Gegenwehr bei der Räumung von Lützerath
vergangenen Januar*



ABSCHAFFUNG VON BARGELDLLEISTUNGEN FÜR GEFLÜCHTETE



Während in Berlin aktuell noch über die konkreten juristischen Grundlagen für die Einführung von Bezahlkarten für Flüchtlinge diskutiert wird, wird diese Reform in zahlreichen Bundesländern bereits durchgeführt. Einer der ersten Orte, in welchem dieses neue System Anwendung fand, ist der Ortenaukreis in Baden-Württemberg. Seit einigen Wochen erhalten Flüchtlinge dort keine Bargeldleistungen mehr. Stattdessen erhalten sie eine Geldkarte, sogenannte „Social-Cards“. Diese funktionieren ähnlich wie EC-Karten. Mit ihnen können die Flüchtlinge zwar, wie mit einer normalen Bankkarte, einkaufen, allerdings können sie nur eine begrenzte Menge an Bargeld abheben. Außerdem sind im Gegensatz zu einem Bankkonto keine Überweisungen möglich.

Die Argumentation in der ganzen Debatte über die Abschaffung von Bargeldleistungen ist dabei im allgemeinen imperialistisch-chauvinistisch. Es degradiert ausländische Arbeiter in Deutschland enorm, stigmatisiert sie als per se kriminell und stellt in Frage, dass es durchaus berechtigt ist, dass jemand in ein anderes Land geht, um seine Familie in der Heimat finanziell zu unterstützen. Warum sollte es denn in unserem Interesse sein, zu verhindern, dass jemand sein erspartes Geld an seine Familie im Ausland schickt? Die Forderung „**Lasst die Leute arbeiten!**“ ist in dieser Hinsicht richtig und wichtig.

Der Ortenaukreis ist nicht der einzige deutsche Ort, der entsprechende Reformen durchgeführt hat. Auch

in anderen Orten wurden ähnliche Bezahlkarten, als Ersatz zu Bargeldleistungen eingesetzt. Diese brachten den Flüchtlingen an einigen Orten allerdings auch wesentlich mehr Einschränkungen. So gibt es in zum Beispiel in Thüringen zwei Landkreise, die diese Umstellung der Leistungen gerade testen. In diesen Landkreisen dürfen Flüchtlinge zum Beispiel nur in der jeweiligen Region, in welcher sie gemeldet sind, einkaufen und können keinerlei Bargeld von ihrer Karte abheben. In einigen Bundesländern wird auch die Forderung laut, mit solchen eingeführten Geldkarten den Kauf von Zigaretten und Alkohol zu verbieten.

Lebt man als Flüchtling hier, ohne dass man eine Arbeitserlaubnis und einen entsprechenden Job hat, dann kann man sich zwar das unmittelbar Lebensnotwendige kaufen, mehr aber auch nicht. Dinge wie Friseurbesuche, die Nutzung eines Internet Cafes oder auch nur der Einkauf bei einem Kiosk, sind Dinge, die man entsprechend nicht machen kann. An einigen Orten kann man nicht einmal in eine andere Stadt gehen und dort einkaufen, geschweige denn am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Das vertieft die Spaltung unserer Klasse und wird bewusst von den Herrschenden voran getrieben.

Die Maßnahmen und Debatten rund um die Leistungen für Flüchtlinge sind dabei jedoch keine isolierte Sache. Vom Gangsterkanzler Olaf Scholz, der fordert, endlich wieder im großen Stil abzuschieben und das Asylrecht weiter aushöhlen, bis hin zu Minis-

terpräsidenten, die fordern eine Art Zwangsarbeit für Flüchtlinge einzuführen. All dies unter einer Regierung, die sich zynischerweise als besonders „divers“ darstellt.

Dabei ist es auch wichtig im Kopf zu haben, was die Bedeutung von Migration und Flucht für den Imperialismus ist. In der Tat spielen Migranten und Flüchtlinge für die deutsche Bourgeoisie eine wichtige Rolle. Während auf der einen Seite die unterdrückten Länder durch die deutschen und die anderen Imperialisten ausgeplündert und kaputt gemacht werden, werden auf der anderen Seite auch zahlreiche Menschen aus eben diesen Ländern heraus getrieben, um in den imperialistischen Ländern ausgebeutet zu werden, die deutsche Wirtschaft braucht jedes Jahr hunderttausende Immigranten, um funktionsfähig zu bleiben.

Mit der Hoffnung auf ein besseres Leben für sich und ihre Familien kommen diese Menschen hierher. Hier angekommen erwartet sie in dieser Gesellschaft allerdings kein Leben als gleichberechtigter Mensch, sondern ein Leben als degradiertes Knecht. Statt einen gegenseitigen Respekt verschiedener Kulturen zu fördern und diese auf Augenhöhe zu betrachten fordert der deutsche Imperialismus Assimilation. Ausländische Arbeiter sind einer besonders scharfen Ausbeutung unterworfen, insbesondere wenn ihnen das Recht auf eine legale Arbeit vorenthalten wird. Dazu kommen tagtägliche Schikanen durch alle möglichen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, sowie eine durchgehende chauvinistische Hetze, die einen relevanten Einfluss in der Arbeiterklasse hat. Alles durchaus sehr im Sinne der Herrschenden. Auf der einen Seite billige Arbeitskräfte, auf der anderen Seite eine gesplante Arbeiterklasse.

In diesem Sinne muss auch die Flüchtlingspolitik der BRD betrachtet werden. Während der fälschlicherweise sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 wurde vielfach von Politikern über irgendwelche „demokratischen Werte“ und „Solidarität“ gesprochen, in der Tat handelte die damalige Regierung mit der Aufnahme großer Mengen an Flüchtlingen aber nicht aufgrund irgendwelcher moralischer Grundsätze, sondern vielmehr mit dem Ziel, eine große Menge billiger Arbeitskräfte für das deutsche Kapital ins Land zu holen. Nun einige Jahre später sehen wir, wie sich die Reden in Bezug auf die Flüchtlingspolitik der BRD wandeln, auf einmal heißt es von allen Seiten, das Boot sei voll.

Die AfD agiert als sogenannte „Protestpartei“, in der Tat als einzige Oppositionspartei unter den bürgerlichen Parteien. Während im Volk immer mehr die Wut auf die arbeiterfeindliche Politik der Ampelregierung wächst, gewinnt die AfD, dadurch, dass sie diese Regierung denunziert, immer mehr an Zustimmung. Allerdings schwächt die AfD nicht nur mit Phrasen gegen die Regierung indem sie sich selbst als „anders“ darstellt, sondern sie verbreitet auch rassistische Hetze gegen Teile des Volkes. Während manche auf die chauvinistische Propaganda reinfallen reagieren andere wiederum mit großer Ablehnung auf diese, was von den regierenden Parteien aktuell politisch genutzt wird, um die Polarisierung in ihrem Interesse für die kommenden Wahlen voran zu treiben. Die andauernden großen sogenannten „Demos gegen rechts“ sind in der Tat pro-Regierungsdemonstrationen, allem voran mit dem Ziel, die CDU nach den kommenden Wahlen von möglichen Koalitionen mit der AfD abzuhalten.

Zum momentanen Zeitpunkt bleibt die AfD damit, wenn auch nachrangig, auch ein Faktor für den deutschen Imperialismus, um die Krise der Demokratie abzuschwächen, indem sowohl für, als auch gegen die AfD Menschen zu den Wahlen mobilisiert werden.

Der rassistischen Hetze der AfD, die sich im allgemeinen in Rahmen der bürgerlichen Standards bewegt, auch wenn es Ausnahmen wie Höcke & Co. gibt, aber wird durch das Wählen anderer Parteien kein Widerstand entgegen gesetzt. Das zeigt sich sehr deutlich an der Politik der gegenwärtigen Ampelregierung, die im Grunde dem von der AfD vorgezeichneten Kurs in der Migrationspolitik folgt.

Die AfD dient dem deutschen Imperialismus dazu reaktionäre Maßnahmen auf die Tagesordnung zu setzen. Die AfD stellt irgendeine reaktionäre Forderung auf, auf welche die Politiker der anderen Parteien zuerst mit Empörung reagieren. Es wird dann eine Weile lang in den Medien groß darüber debattiert und letztlich setzen die vermeintlich „besseren“ Parteien diese Forderungen (manchmal etwas anders ummantelt) der AfD um. Das können wir in der Frage der Flüchtlingspolitik gerade besonders offensichtlich sehen. Auch wenn sich die Slogans der AfD mit denen der Regierungsparteien im Ton unterscheiden, ist ihre Politik dennoch die gleiche. •

RÜCKFLUG

EIN GEDICHT FÜR DIE WELTWEITE ANTIIMPERIALISTISCHE BEWEGUNG

Vor dem Hintergrund des Abzugs der letzten deutschen Truppen aus Mali im vergangenen Dezember hat uns ein Leser ein Gedicht zukommen lassen, das thematisiert, wie die Imperialisten mit ihren grausamen Kriegen ein ums andere Mal scheitern und verdammt dazu sind, zu verlieren.

Französische Soldaten vorm Rückflug aus Mali

RÜCKFLUG

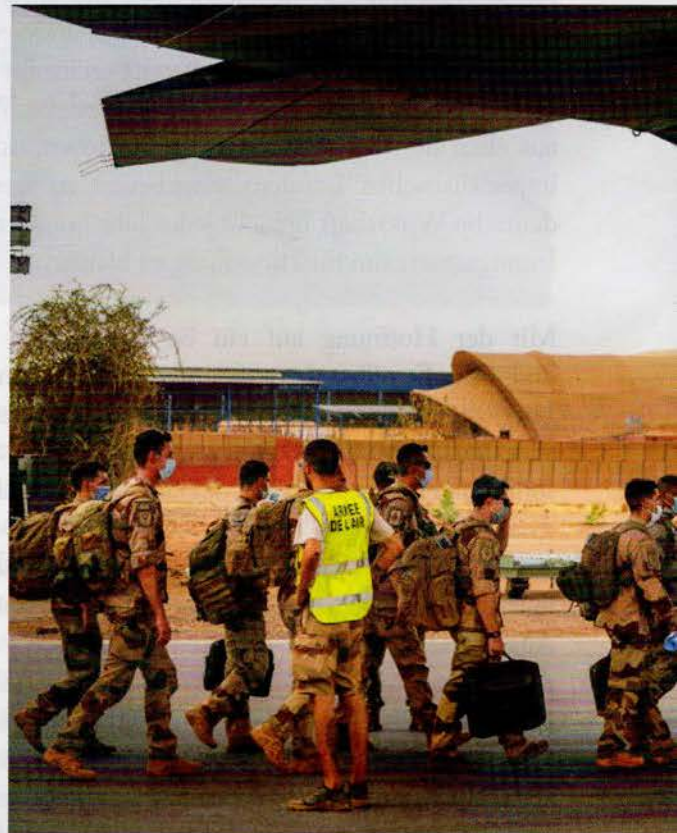
Turbinenwind im Wüstensand
der Rückflug naht, die Mörderhand
der Blauhelme, Franzosen, Deutschen,
muss nach 10 Jahren Widerstand
und Kampf des Volkes endlich weichen

Unter den Toten – zwei deutsche Piloten
Ein Preis – nicht hoch genug, doch teuer,
der Hass des ganzen Sahel ist euer!

Bamako, Endstation
mörderische „Friedensmission“
Die Medien schweigen, 10 Jahre Krieg
wer hat's in Deutschland mitgekriegt?
Zehntausende Menschen auf der Flucht,
als Grund man „Terrorismus“ sucht,
das wahre Übel wird verschwiegen;
die Besatzer sollen am Boden liegen!

Nun sind die alten raus und müssen
das Feld räumen für die Russen
doch der Kampf des Volkes wächst
und auch die werden sich verpissen!

Die Imperialisten machen immer so weiter:
Unruhe stiften und abermals scheitern
Afghanistan – zwei Jahrzehnte Besatzung
erinnert euch vor zweieinhalb Jahr'n an den Abflug!
Chaos in Kabul wie '75 in Saigon
nicht alle der Schweine kommen straflos davon!
Die Mörder wird man nicht verschonen;
und U-Boote, Granaten, Drohnen,
Bomben, Flugjets und Panzer
sind nichts, wovor das kämpfende Volk Angst hat!



2003 – Invasion im Irak

Über eine Million ermordet für eine Lüge,
vor durch Folter getöteten Leichen posieren
völkermordende Yankee-Soldaten
doch auch dort finden sie bis heut' keinen Frieden
genauso in Libyen, genauso in Syrien
nirgendwo erreichen sie ihre Ziele
derweil scheitert Russland in der Ukraine
verliert seine Basis in Zentralasien
Zurück müssen alle sie irgendwann fliegen!

100 Milliarden für die kommenden Kriege,
Waffenexporte in „Krisengebiete“
Kinder auf dem Sterbebett
dank dem Sondervermögen vom Kriegskabinett
doch seid ihr hilf- und hoffnungslos
ob nun Lambrecht oder Pistorius:
schickt eure Truppen aus der Hölle empor –
die nächste Niederlage steht euch bevor!
Und euer Kriegsschiff „Hessen“
wird vom Golf von Aden gefressen!

Yankee go home!
Chinesen nach China,
Russen verpisst euch aus Ukraina!
Vom Fluss bis ans Meer – befreit Palästina!
Deutschland, Frankreich, wie sie nicht alle heißen
mögen die Völker Steine auf euch schmeißen
die Gewehre erheben, ihre Länder befreien
von den Imperialisten und ihren Lakaien!

Das Volk will sich bewaffnen
schaut in Gaza auf die Menschen
sie leiden nicht nur, sie wollen kämpfen,
opfern ihr Leben, sprengen die Grenzen,
nicht nur sie haben in Gaza
die Besatzer zum Feind, sondern
Hunderte Millionen Araber
und für jedes tote Kind in Rafah,
für jeden Mord der Bundeswehr
versinkt ein Schiff im Roten Meer!

Die Aggressoren und Kriegstreiber
die gestern noch unsterblich galten
fallen dem zornigen Volk in die Hände –
sie bringen sie an den Galgen!
Und sie teilen nicht ihr Vorgänger Glück:
nie wieder fliegen sie zurück.



Selbst die Jüngsten in Palästina kämpfen gegen die Besatzer

www.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Aufnahme von der 8.-März-Demonstration in Bremerhaven, zu der das Rote Frauenkomitee Bremen, als Teil des Roten Bundes, mobilisiert hatte.

Quelle: demvolkedienern.org

**ROTE
POST** 